

Ressort: Politik

Union und SPD wollen Prostitutionsgesetz verschärfen

Berlin, 03.11.2013, 00:00 Uhr

GDN - Union und SPD planen eine Verschärfung des Prostitutionsgesetzes. Die SPD-Verhandlungsführerin in den Koalitionsgesprächen, Manuela Schwesig, sagte "Bild am Sonntag": "Die brutale Ausbeutung von Prostituierten, die heute massenhaft in Deutschland stattfindet, muss beendet werden. Menschenverachtende Praktiken wie Flatrate-Sex gehören verboten".

Weiter forderte Schwesig: "Wir müssen gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution mit aller Konsequenz vorgehen. Den betroffenen Frauen muss geholfen werden, zum Beispiel durch ein eigenständiges Aufenthaltsrecht. Auch muss das Betreiben von Prostitutionsstätten über eine Erlaubnispflicht geregelt werden." Die Vorsitzende der Frauenunion, Maria Böhmer, sagte: "Freier, die Zwangsprostituierte ausnutzen, wollen wir bestrafen. Vor allem junge Frauen unter 21 Jahren müssen sich persönlich beim Amt melden. Bordellbetriebe müssen genehmigungspflichtig werden. Prostituierte müssen verpflichtet werden, sich regelmäßig bei unabhängigen Ärzten untersuchen zu lassen."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-24463/union-und-spd-wollen-prostitutionsgesetz-verschaerfen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619